



Deutsche Gesellschaft für
Umwelt-ZahnMedizin

Geschäftsstelle

Siemensstraße 26a
12247 Berlin
Tel.: 030-76904520
Fax: 030-76904522
E-Mail: info@deguz.de
www.deguz.de

Weltumweltag: Mehr als 100 Organisationen fordern Verbot von Amalgamfüllungen in Deutschland

Am 05. Juni hat eine Gruppe Aktivisten im Gesundheitsministerium einen Aufruf von mehr als 100 Organisationen an Gesundheitsminister Jens Spahn überreicht. Sie fordern ihn auf, einem generellen Verbot von Amalgamfüllungen zuzustimmen und sich damit den Vorbildern von Schweden und Norwegen anzuschließen. Aufgrund einer europäischen Umweltschutzverordnung zur Verringerung von Quecksilberemissionen muss die Bundesregierung derzeit Stellung beziehen.

Sie soll einen Plan vorlegen, wie sie die Verwendung von Amalgam nach dem Verbot für Kinder und schwangere sowie stillende Frauen weiter verringern will. Das Quecksilber aus Amalgamfüllungen (über 50 % pro Füllung) macht in Europa den mit Abstand meisten Verbrauch von dem hochgiftigen Schwermetall aus. Florian Schulze, Geschäftsführer der Interessengemeinschaft für Umwelt-Zahnmedizin, sagte: „Mehr als 100 Organisationen weltweit fordern die Bundesregierung auf, als Vorbild voranzugehen. Auch in Deutschland hat sich Quecksilber stark in der Umwelt angereichert, sodass es kein Gewässer mehr gibt, das die Umweltrichtwerte einhält. Dazu tragen auch

Amalgamfüllungen bei. Dabei zeigen die vielen amalgamfreien Zahnärzte in Deutschland, dass man auf dieses Material nicht mehr angewiesen ist. Es ist überflüssig und schädlich, wird aber aufgrund von finanziellen Interessen weiter zugelassen. Dabei sind die Kosten für alternative Füllungen sogar geringer, wenn man alle Faktoren einberechnet. Wir fordern Jens Spahn auf, ein Zeichen für den Fortschritt und die moderne Zahnmedizin zu setzen.“

Martina Heimann von der Selbsthilfegruppe Amalgamgeschädigter meinte: „Ich kann nicht verstehen, warum Amalgam überhaupt noch erlaubt ist. Ein Füllmaterial, das als Sondermüll entsorgt werden muss und in der Umwelt weitreichende Schäden anrichtet, stellt doch auch ein deutliches gesundheitsgefährdendes Risiko dar. So ist Amalgam bereits für Kinder und Schwangere verboten. Warum sollte diese Regelung nicht auch für andere Menschen umgesetzt werden? Ab 2020 werden auch die meisten anderen quecksilberhaltigen Produkte wie Batterien, Lampen oder Thermometer verboten. Das sollte man auch für Amalgam beschließen, wo es doch genügend alternative Möglichkeiten gibt.“

Stellvertretend für den Gesundheitsminister Jens Spahn hat Andreas Brandhorst, Referatsleiter für Vertragszahnärztliche Versorgung im Bundesministerium für Gesundheit, den Aufruf entgegengenommen und zugesichert, er würde die Forderungen sehr ernst nehmen und die Argumente bei der Entscheidungsfindung berücksichtigen.

Florian Schulze
IG Umwelt-ZahnMedizin



Florian Schulze übergibt den Aufruf von über 100 Organisationen an Andreas Brandhorst, der sie stellvertretend für Jens Spahn entgegennimmt. Foto: Moritz Bauer